

Viel Aufwand, wenig Ertrag Die SV Schaffhausen holte in der Vorrunde so wenig Punkte wie seit 11 Jahren nicht mehr.
Sport Seite 23

Kassen Auf Druck der Finma müssen die Zusatzversicherer ihre Prämien für 2014 um 240 Millionen Franken senken.
Inland Seite 5

Premiere Christoph Borer zaubert: «La vita» und das neue Programm des Vorstadt Varietés sind «bella».
Region Seite 15



Schaffhauser Nachrichten

SEIT 1861

Region

Langes Warten auf 30er-Zone

NEUHAUSEN Zuerst wurde sie auf diesen Herbst versprochen, nun soll die 30er-Zone für die Brunnenwiesenstrasse erst im Frühling nächsten Jahres eingeführt werden. Der ehemalige SVP-Einwohner Rolf Forster ärgert sich über diese Verschleppung: «Wir warten hier schon seit zwei Jahren auf verkehrsberuhigende Massnahmen.»
Seite 16

Region

Die Erinnerung wachhalten

GAILINGEN Vor 75 Jahren, in der Reichspogromnacht, entwürdigten Nazischergen die jüdischen Bürger Gailingens und zerstörten die Synagoge. In der einst blühenden jüdischen Gemeinde zeigt ein Museum als Erinnerungsort die Geschichte auf. Und am Wochenende sind Gedenkfeiern geplant.
Seite 19

Sport

Federer realisiert den Pflichtsieg

LONDON Roger Federer bleibt bei den ATP Finals im Rennen um die Halbfinalqualifikation. Der Schweizer besiegte den Franzosen Richard Gasquet mit 6:4, 6:3 ohne grössere Probleme. Novak Djokovic gewann sein gestriges Spiel gegen Juan Martín del Portro in drei Sätzen mit 6:3, 3:6, 6:3.
Seite 21

Gsaat isch gsaat

«Der Vorschlag ist abstrus»

Iren Eichenberger
OBS-Kantonsrätin, zum Vorschlag der Geschäftsprüfungskommission, ganz auf höhere Steuern zu verzichten



Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel geht beim Steuerfuss weniger weit als zuerst geplant.

Bild Selwyn Hoffmann

Unternehmen sollen nun doch von höheren Steuern verschont bleiben

Überraschend weicht die Schaffhauser Regierung von ihren Steuererhöhungsplänen ab und schlägt eine moderate Variante vor. Definitiv ist aber noch nichts.

VON **ZENO GEISSELER** UND **ERWIN KÜNZI**

SCHAFFHAUSEN Im Kanton Schaffhausen soll es ab 2014 trotz tieferer Zahlen nun doch keine generelle Steuererhöhung geben. In einem gestern veröffentlichten Bericht und Antrag schlägt die Regierung vor, den Steuerfuss für Unternehmen unverändert bei 112 Pro-

zent zu belassen und nur den Satz für Privatpersonen von 112 auf 115 Prozent anzuheben. Zusätzliche Einsparungen sowie höhere Steuereinnahmen als erwartet haben zu dieser Variante geführt. Bislang hatte der Regierungsrat eine generelle Erhöhung des Steuerfusses auf 118 Prozent für Private und für Firmen angestrebt.

SP will höhere Steuern für Private

Noch weiter gegangen als die Regierung war zuvor bereits die zuständige Kommission des Kantonsrats, die Geschäftsprüfungskommission. Sie stellte den Antrag, ganz auf Steuererhöhungen zu verzichten und den Satz sowohl für Private als auch für Firmen bei 112 Prozent zu belassen.

Über den Steuerfuss entscheiden wird das Parlament. Die im Kantonsrat vertretenen Fraktionen müssen sich aber zuerst mit der neuen Situation befassen, wie eine kleine Umfrage der SN bei den Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten ergab. Immerhin war zu erfahren, dass in der Tendenz die FDP/JF- sowie die SVP/JSVP/EDU/SeniorenSVP-Fraktion den Vorschlägen der Kommission folgen werden. Die SP/Juso-Fraktion könnte sich mit dem Verzicht auf eine Steuererhöhung bei den juristischen Personen einverstanden erklären, hält aber an einer Steuererhöhung von 6 Prozent für natürliche Personen fest.

Kommentar **nebenan**, weiterer Bericht auf **Seite 13**

Bundesrat Burkhalter

Besseren Schutz für UNO-Sitz prüfen

BERN Aussenminister Didier Burkhalter schwieg bisher zu den jüngsten Enthüllungen zur NSA. In einem seiner seltenen Interviews äussert er sich nun zu den angeblichen US-Abhörpraktiken in Genf. «Womöglich müssen wir die nationale Cyber-Strategie, die sich auf den Schutz des Bundes und der Schweizer Unternehmen fokussiert, auf das internationale Genf ausweiten.» Zudem engagiere sich die Schweiz stark für den Schutz der Privatsphäre. Eine entsprechende Initiative habe sie im UNO-Menschenrechtsrat deponiert. Im Interview nimmt Burkhalter weiter erstmals Stellung zur Unruhe bei der Deza. (r.) Mehr auf **Seite 2**

Rekordtief

EZB senkt Leitzins auf 0,25 Prozent

FRANKFURT/ZÜRICH Die Europäische Zentralbank (EZB) verschärft ihren Krisenkurs. In einem historischen Schritt haben die Währungshüter gestern den Leitzins auf das Rekordtief von 0,25 Prozent gesenkt und damit das Geld im Euroraum so billig gemacht wie noch nie. Die EZB reagierte auf die zuletzt extrem niedrige Inflation. Diese war im Oktober auf 0,7 Prozent gesunken – den tiefsten Stand seit vier Jahren. Das hatte Forderungen nach noch billigerem Zentralbankgeld und einem Leitzins noch unter dem bisherigen Rekordtief von 0,5 Prozent neue Nahrung gegeben. (sda) Mehr auf **Seite 8**

Europa League

Niederlagen für Thun und St. Gallen

ST. GALLEN/THUN Die Schweizer Teams bezogen in der Europa League auch in der 4. Runde Niederlagen. St. Gallen verlor gegen Valencia 2:3, Thun unterlag Dynamo Kiew 0:2. Während sich das Super-League-Duo nun in arger Rücklage befindet, stehen acht Teams schon in den Sechzehntelfinals. Nach den Startsiegen von Mitte September gab es für Thun und St. Gallen in den Runden 2 bis 4 nur noch Niederlagen. Bezieht man auch die jüngsten Resultate des FC Basel in der Champions League mit ein, warten die Schweizer Vertreter im Europacup nun seit insgesamt neun Partien auf einen Sieg. (si) Mehr auf **Seite 22**

Kommentar

Hoffentlich geht diese Prozentrechnung auf

ZENO GEISSELER

Die Steuern im Kanton Schaffhausen sollen nun also doch nicht so stark steigen wie befürchtet. Statt einer pauschalen Anhebung des Steuerfusses von 112 auf 118 Prozent per Anfang 2014 sollen die Unternehmen ganz von höheren Steuern verschont bleiben, und die Privaten sollen nur drei statt sechs Punkte mehr bezahlen. Dies schlägt die Regierung in einem überraschenden neuen Antrag zuhanden des Parlaments vor. Die zuständige Kommission geht sogar noch weiter: Auch für Private soll der Steuerfuss bei 112 Prozent bleiben.

Die Regierung ist offensichtlich der Ansicht, dass der Kanton trotz Rekorddefizits seine Finanzen auch ohne grosse Steuererhöhungen in den Griff bekommen kann. Das ist die gute Nachricht. Denn dieser Optimismus wird nicht nur im Kanton selbst, sondern auch in weit, weit entfernten Firmenzentralen internationaler Konzerne mit einem Sitz in Schaffhausen mit Erleichterung aufgenommen werden. Beim einen oder anderen gepackten Koffer schnappen die Schösser wieder auf.

Die schlechte Nachricht: Die Steuern in der aktuellen Finanzlage nicht oder kaum zu erhöhen, ist zwar lobenswert, aber aufgehen kann der Plan nur, wenn sich die Einnahmen so entwickeln wie geplant und wenn die Ausgaben im (Würge-)Griff behalten werden. Das sind zwei grosse «Wenn», denn neben der Konjunktur müssen auch das Parlament und schliesslich auch das in letzter Zeit wenig sparsüchtige Volk mitmachen, Stichwort Prämienverbilligungen.

Die erste grosse Nagelprobe steht bereits mit den nationalen und den kantonalen Abstimmungen vom Sonntag in zwei Wochen an. Möglicherweise ist die Ausgangslage danach völlig anders.

ANZEIGE

BEWEGT HOLZ

- TÜREN
- KÜCHEN
- SCHRÄNKE
- MÖBELBAU &
- BODENBELÄGE

Schweizer Qualitätsprodukt

Thurtalstrasse 33
8450 Andelfingen

0041 052 305 14 20
www.r-fehrag.ch

ANZEIGE

Heute und morgen Tagesmenü Nr. 3, Fr. 18.50

Verschiedene Fischfilets vom Grill, Gemüse und Salzkartoffeln. Dessert mittags offeriert!

Angebot gültig von 11.00 bis 23.00 Uhr

Durchgehend warme Küche

RISTORANTE · PIZZERIA

ROMANA

Unterstadt 18/20, 8200 Schaffhausen
Tel. 052 624 44 89, www.romana-schaffhausen.ch



Premiere Das Theater von Kantonschule und FMS handelt von Drachen in verschiedenster Form. **Region Seite 14**

Für und wider 1:12 In Unterstammheim kreuzten Hans-Jürg Fehr und Nationalrat Markus Hutter die Klinge. **Weinland Seite 20**

Keine höheren Steuern für Unternehmen

Der Regierungsrat weicht von einer generellen Steuerfusserhöhung ab. Private sollen weniger bezahlen als geplant, Unternehmen ganz verschont bleiben.

VON **ROBIN BLANCK, ERWIN KÜNZI**
UND **ZENO GEISSELER**

Grosse Kehrtwende beim Budget: Bis jetzt wollte der Schaffhauser Regierungsrat per Januar 2014 den Steuerfuss um sechs Prozentpunkte erhöhen, von 112 auf 118 Prozent, und zwar sowohl für Unternehmen wie auch für Private. Doch jetzt ist alles anders: Der Steuerfuss für Firmen soll gar nicht angehoben werden, derjenige für Private um drei statt um sechs Punkte. Das beantragt der Regierungsrat in einem gestern veröffentlichten Zusatzbericht und Antrag. Der Regierungsrat reagiert damit auf einen Antrag der Geschäftsprüfungskommission: Diese fordert überhaupt keine höheren Steuern.

Doch weshalb kam die Regierung von ihren ursprünglichen Plänen ab? «Im Rahmen der intensiven Beratungen mit der Geschäftsprüfungskommission (GPK) zum Budget 2014 konnte der Regierungsrat eine Budgetverbesserung von 2,7 Millionen Franken bekannt geben», sagt Regierungspräsidentin und Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel. «Dies aufgrund der Tatsache, dass sich das Steuersoll per 31. Oktober besser als ursprünglich angenommen entwickelte. Diese Budgetposition für das aktuelle Jahr wurde bis anhin als sehr ambitiös beurteilt. Im Weiteren beantragte die GPK pauschale Kürzungen in Höhe von fünf Millionen Franken. Der Regierungsrat wird diese mittragen und der Verwaltung entsprechende Weisung erteilen.»

Widmer Gysel betonte, dass es sich um eine ausserordentliche Massnahme in einer ausserordentlichen Situation



Die Diskussion um das Budget 2014 des Kantons hat gestern, besonders was die geplanten Steuererhöhungen angeht, eine neue Wendung genommen. Bild Selwyn Hoffmann

handle. «Es sind sich alle bewusst, dass diese Kürzungen nicht nachhaltig sein können. Aus diesen Gründen wird der Regierungsrat dem Kantonsrat beantragen, den Steuerfuss für die natürlichen Personen um moderate drei Prozent anzuheben und für die juristischen Personen auf dem heutigen Stand zu belassen.» Mit diesem Kom-

promissvorschlag werde der besonderen Situation der juristischen Personen, vor allem im Hinblick auf die anstehende Unternehmenssteuerreform III und die dringend benötigten Arbeitsplätze im Kanton, Rechnung getragen, und das Defizit entspreche ungefähr der ursprünglichen Vorlage des Regierungsrates.

In ihrem Bericht schreibt die Regierung, dass die Einsparungen beim Sachaufwand unter anderem aus Verschiebungen auf die Folgejahre bestehen würden, so etwa beim baulichen Unterhalt. Obwohl diese Kosten also einfach später anfallen, geht Widmer Gysel nicht davon aus, dass der Steuerfuss deswegen dann doch wieder angehoben werden muss. Denn im September 2014 soll die Vorlage des neuen Entlastungsprogramms 2014 in Höhe von 40 Millionen Franken ins Parlament kommen, wobei dieses Programm in vollem Umfang ab 2017 zum Tragen kommen soll.

Tendenz geht zum Nein

Zu der neusten Entwicklung – es soll keine Steuererhöhung für juristische Personen geben – wollten die SN Wirtschaftsförderer Thomas Holenstein befragen. Dieser war allerdings gestern den ganzen Tag nicht erreichbar. Reaktionen gab es aber von den im Kantonsrat vertretenen Fraktionen. Jeanette Storrer, Präsidentin der FDP/JF-Fraktion, erklärte, dass der von der Regierung vorgeschlagene Kompromiss in ihrer Fraktion noch nicht diskutiert worden sei – das geschieht am Montag –, die Tendenz gehe aber eher zu einem Nein. Dass nur die natürlichen Personen mehr Steuern zahlen sollen, empfindet sie als kein gutes Signal. Was das Defizit angehe, so sei es für einmal auch in dieser Höhe zu verantworten. Sobald die Studie zum Sparpotenzial vorliege, könnten dann gezielt Einsparungen vorgenommen werden. «Aber jetzt haben wir nichts in der Hand», so Storrer.

«Ich akzeptiere, dass bei den juristischen Personen in der aktuellen Lage auf eine Steuererhöhung verzichtet wird», sagte Werner Bächtold, Präsident der SP/Juso-Fraktion. Es brauche aber Steuererhöhungen, und drei Prozent, wie das die Regierung jetzt für die natürlichen Personen vorschläge, würden nicht reichen: «Es braucht sechs Prozent, damit es einsenkt», so Bächtold. Über eine Steuererhöhung von sechs Prozent für natürliche Personen

und null für juristische Personen könne man diskutieren. Zum Defizit von rund 38,5 Millionen Franken, das die GPK vorschlägt, meint er: «Mit roten Zahlen in dieser Höhe kommt man nicht in die Zukunft.»

Haltung der Fraktion noch offen

Für den ferienabwesenden Peter Scheck, der die SVP/JSVP/EDU/SeniorenSVP-Fraktion präsidiert, nahm der stellvertretende Fraktionspräsident Andreas Gnädinger Stellung. Zuerst einmal sei positiv, dass Regierung wie GPK Vorschläge machen würden. Die Haltung der Fraktion dazu sei noch offen, diskutiert werde am kommenden Montag. In der Tendenz werde aber seiner Meinung nach die Fraktion eher dem Vorschlag der GPK folgen. Zu den geplanten Einsparungen wollte sich Gnädinger noch nicht äussern: «Ich muss zuerst noch den Bericht studieren.» Als «abstrus» bezeichnete Iren Eichenberger, Präsidentin der ÖBS/EVP-Fraktion den GPK-Vorschlag, der auf Steuererhöhungen verzichten und nur sparen wolle. «Das geht gar nicht», meinte sie, betonte aber auch, dass ihre Fraktion die Vorschläge noch nicht diskutiert habe. Was die juristischen Personen angehe, so müsse hinterfragt werden, ob ihre steuerliche Bevorzugung wirklich der richtige Weg sei.

8 Prozent mehr für alle

Die AL hat die Vorschläge von Regierung wie GPK bereits diskutiert und kann nichts mit ihnen anfangen. Das strukturelle Defizit von 40 Millionen Franken müsse je zur Hälfte durch Steuererhöhungen und durch Einsparungen zum Verschwinden gebracht werden, sagte Fraktionspräsident Jonas Schönberger. Die eine Hälfte sofort durch Steuererhöhungen, entweder acht Prozent für alle oder zehn Prozent nur für die natürlichen Personen. Die andere Hälfte folge später durch Einsparungen aufgrund der in Auftrag gegebenen Studie. Die AL werde bei der Budgetdebatte entsprechende Anträge stellen.

Interview Rosmarie Widmer Gysel, Finanzdirektorin und Regierungspräsidentin

«Von «Strategielosigkeit» kann keine Rede sein»

Eine der grössten Kritikerinnen von Steuererhöhungen ist die Industrie- & Wirtschafts-Vereinigung Schaffhausen IVS. Regierungspräsidentin Rosmarie Widmer Gysel antwortet auf die IVS-Vorwürfe.

VON **ZENO GEISSELER**

Frau Regierungspräsidentin, der wichtigste Wirtschaftsverband des Kantons entzieht dem Regierungsrat mit drastischen Worten das Vertrauen: Die IVS sagt, die Regierung setze mit den ursprünglich geplanten Steuererhöhungen die Existenz des Kantons aufs Spiel. Dies sei eine «unverrückbare Tatsache». Was sagen Sie dazu? **Rosmarie Widmer Gysel:** Von einem «Vertrauensentzug» zu sprechen, geht mir entschieden zu weit, es handelt sich um eine thematische Differenz. Die IVS bringt zum Ausdruck, was auch dem Regierungsrat immer bewusst war, nämlich dass Steuererhöhungen unserer Strategie eigentlich widersprechen, in der aktuellen Situation aber auf-

grund der mittlerweile bekannten Nachhaltigkeitslücke in Höhe von 40 Millionen Franken notwendig sind. Die Wirkungen aus dem Entlastungsprogramm werden erst in den Folgejahren eintreten. Aus diesem Grund beantragte der Regierungsrat die steuerliche Massnahme über den Steuerfuss, denn dieser ist das Instrument, um kurzfristig etwas zu bewirken. Er wird jedes Jahr neu festgesetzt. Übrigens haben die Leserinnen und Leser der SN bei der kürzlich durchgeführten Umfrage einer Steuererhöhung zugestimmt. Auch dieses Resultat haben wir zur Kenntnis genommen, genau wie die Meinungsäusserung der IVS.

Weiter sagt die IVS, der Kanton lebe über seine Verhältnisse. Eine «Vielzahl von kostspieligen Wünschen» sei erfüllt worden, und Leute ohne steuerbares Einkommen seien in den Kanton gelockt worden. Stimmt das?

Widmer Gysel: Wir haben bereits bei ESH3 zum Ausdruck gebracht, dass die «goldenen Jahre» hinter uns liegen. Und in diesen Jahren war insbesondere auch der Kantonsrat etwas grosszügiger beim Erfüllen von kostspieligen Wünschen. Da diese dann aber zum grossen Teil in Form von Gesetzen erfüllt wurden, ist es nicht immer ganz einfach, wieder auf Ansprüche zu verzichten,



«Auch die SN-Leser sind für höhere Steuern»: Rosmarie Widmer Gysel, Regierungspräsidentin. Bild Selwyn Hoffmann

wenn die Einnahmen knapper werden. Dies im Gegensatz zu einem privaten Haushalt oder einem Unternehmen, wo solche Sparbeschlüsse am Familientisch oder vom Geschäftsführer gefällt werden. Zum zweiten Vorwurf: So trifft dieser nicht zu. Im Steuerjahr 2008 gab es 42,3 Prozent Steuerpflichtige ohne steuerbares Einkommen, im Steuerjahr 2011 waren es 36,9 Prozent.

Der Plan, die Steuern zu erhöhen, sei strategielos und führe nicht zum Ziel, sagt die IVS weiter. Stimmen Sie zu?

Widmer Gysel: Ich verweise auf die Antwort zu Ihrer ersten Frage. Von «Strategielosigkeit» kann keine Rede sein! Zum einen hat unsere Verwaltung mit ESH3 20 Millionen Franken bereits eingespart, zum andern muss das Projekt Entlastungsprogramm 2014 dazu führen, dass unser Haushalt bis 2017 wieder ausgeglichen ist. Wir müssen uns allerdings auch bewusst sein, dass wir nicht darum herumkommen, uns Gedanken zu machen, wie wir unsere Staatsausgaben auch längerfristig und nachhaltig finanzieren können. Es ist absehbar, dass in den nächsten Jahren die Kosten für Gesundheit und soziale Wohlfahrt weiter und ständig steigen werden. Der Einfluss des Kantons ist hier beschränkt – einerseits aufgrund der Tatsache, dass die grosse Generation der «Babyboomer» bis in 10, 20 Jahren über 70 Jahre alt sein wird, andererseits wegen der bestehenden schweizerischen Gesetzgebung im Gesundheits- und im Sozialwesen. Gefragt sind darum kreative Ideen, um zu mehr Geld in der Staatskasse zu kommen – sofern das nicht über Steuern finanziert werden

soll. Es braucht aber auch das gemeinsame Engagement mit allen anderen Kantonen, um auf die schweizerische Gesetzgebung Einfluss nehmen zu können.

Haben Sie mit den IVS-Verantwortlichen über die schweren Vorwürfe je gesprochen?

Widmer Gysel: Wir hatten am 29. Oktober unser jährliches Treffen mit dem Vorstand der IVS. Wie üblich, hatte ich zu Beginn der Sitzung die Gelegenheit, die finanzielle Lage des Kantons und unsere Ziele bezüglich

«Von einem «Vertrauensentzug» zu sprechen, geht mir entschieden zu weit, es handelt sich um eine thematische Differenz»

Rosmarie Widmer Gysel
Finanzdirektorin

der zu schliessenden Nachhaltigkeitslücke zu erläutern. Ein weiteres von der IVS eingebrachtes Thema war beispielsweise die Umsetzung der vom Volk beschlossenen Prämienverbilligungs-Initiative. Dies als Beispiel für einen seitens der IVS erwähnten und vom Volk erfüllten, kostspieligen Wunsch. Seitens der IVS war keine Rede von einem «Vertrauensbruch» gegenüber der Regierung. Die anschliessende gemeinsame Diskussion zwischen Regierung und IVS war zwar hart, aber die gegenseitigen Positionen wurden auch akzeptiert.